



DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Stadtratsfraktion Pirmasens

Am Immenborn 6
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/227214
Mail: info@linksfraktion-ps.de
Internet: www.linksfraktion-ps.de

Haushaltsrede 2013

Frank Eschrich, Vorsitzender Ratsfraktion DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

mit den Plänen für die Exe-Galerie ist der Stadtspitze in der Tat ein Überraschungscoup gelungen und wer könnte gegen die Wiederbelebung der seit 10 Jahren leer stehenden ehemaligen Kaufhalle etwas einzuwenden haben?

In Anbetracht der im Ungewissen schwebenden Stadtgalerie keine 1000 Meter weiter in der Fußgängerzone würde der gesunde Menschenverstand als erstes auf Entwickler Koprian tippen, dessen ehrgeiziges Projekt damit Konkurrenz im allerengsten Umkreis bekommt. Dem ist aber nicht so. Öffentlich hat Koprian nichts gegen weitere 5000 Quadratmeter Einzelhandel einzuwenden und spricht von einer Vereinbarung mit der Stadt. Welche Vereinbarung Koprian damit meinen könnte, bleibt allerdings sein Geheimnis. Möglicherweise sind die von Koprian ins Spiel gebrachte Vereinbarung und der Plan B der Pirmasenser Einzelhandelssprecher Weis und Wölfling identisch und das Projekt Stadtgalerie erhält nun Schritt für Schritt eine Beerdigung 1. Klasse. Die Frage ist nur, wie lange sich die Pirmasenserinnen und Pirmasenser noch an der Nase herumführen lassen.

An der Faktenlage und den wirtschaftlichen Daten hat sich nichts geändert, höchstens im negativen Sinne. Deshalb zitiere ich aus meiner Haushaltsrede des Jahres 2012:

In der Region und dem angrenzenden Saarland sollen in Kaiserslautern, Pirmasens und Homburg neue Einkaufszentren entstehen. In Saarbrücken, Neunkirchen, Trier, Ludwigshafen und Mannheim gibt es bereits rund 150.000 Quadratmeter Verkaufsfläche in solchen Zentren und in der direkten Nachbarschaft befindet sich mit den Style-Outlets ein riesiger Konsumtempel mit Flughafenanbindung, der bestens etabliert ist. Im elsässischen Roppenheim, knapp 100 Kilometer von Pirmasens entfernt, wird (hat!) im April (2012) ein Outlezzentrum eröffnet, dessen Verkaufsfläche die von Zweibrücken noch bei weitem in den Schatten stellt.

Diese enorme Aufrüstung an Verkaufsfläche im Radius von 200 Kilometern hat zur Folge, dass die Aussichten für einen wirtschaftlichen Betrieb der Stadtgalerie in Pirmasens sehr gering sind.

Inzwischen hinkt das Projekt Stadtgalerie schon mehr als ein Jahr hinter der ursprünglichen Planung hinterher und wir sind gespannt, wie es weiter geht. Ein nicht optiertes Grundstück kann es ja nicht sein, woran es hängt. Zumal der vollmundige Koprian ja schon eine Umbauung des betreffenden Grundstücks angekündigt hat.

Will man uns jetzt weiß machen, dass die Stadtgalerie von den geplanten 20.000 Quadratmetern Einkaufsfläche auf 15.000 abrüsten musste, damit die Verträglichkeit zum bestehenden Einzelhandel gewahrt bleibt, aber gleichzeitig ein weiteres Einkaufszentrum in der selben Innenstadt mit den am Ort A eingesparten 5000 Quadratmetern am Standort B stadtverträglich wirtschaften kann?

Abseits der Nebelkerzen bleibt deshalb festzuhalten: Die Innenstadt soll nach den Plänen der Stadtverwaltung mit insgesamt 20.000 Quadratmetern Verkaufsfläche aufgerüstet werden. Mit dem guten Willen der Fa. Cima wären maximal 15.000 Quadratmeter stadtverträglich, ohne die ansässigen Einzelhändler komplett zu ruinieren. Falls die 20.000 Quadratmeter Verkaufsfläche tatsächlich an den Markt gehen, wird es deshalb nicht nur zu Schrumpfungszonen, sondern zu Kahlschlagzonen in der Schlossstraße und oberen Hauptstraße kommen.

Ob dies der Imagepflege zuträglich wäre, kann bezweifelt werden. Neuste Erkenntnisse belegen, dass sich der Umsatz weiter rasant weg vom ortsansässigen Einzelhandel zu internationalen Internet-Shops verlagert, ganz gleich mit wie vielen potemkinschen Dörfern sich die Innenstädte schmücken oder wie viel Einheitsfirlefanz die Einkaufszentren als vermeintlich kulturelles Begleitprogramm auch anbieten mögen.

Apropos Imagepflege: Die Nominierung zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis in allen Ehren. Ob dies alleine schon eine Leistung darstellt, kann man unterschiedlich beurteilen, denn die eingereichten Papiere sind geduldig. Über die Abhängigkeit der ausrichtenden Stiftung von der Großindustrie und Finanzkonzernen können allerdings keine Zweifel aufkommen. Es kann also in einer sachlich geführten politischen Debatte nicht um die fragwürdige Hülle, sondern lediglich um die Inhalte gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

genau der gleiche Unterschied besteht zwischen dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis und einer nachhaltigen Entwicklung in Pirmasens. Das eine ist Fassade, das andere ist die soziale und ökologische Wirklichkeit. Das eine mit dem anderen gleichzusetzen bringt nur solange gute Presse, bis man mit den großen Sprüngen als Bettvorleger landet. Besonders interessant war in der veröffentlichten Ausschreibung der Stadt Pirmasens die Nennung der Haushaltskonsolidierungsgruppe an erster Stelle und die absurde Beschreibung, es handle sich dabei um ein besonders nachhaltiges Gremium, in der regelmäßig und kontinuierlich innovative Vorschläge zur Kosteneinsparung zusammengetragen werden könnten und zu den Vorschlägen der Haushaltskonsolidierungsgruppe gehöre auch die energetische Optimierung der Abwasserreinigung. Ich kann mich ehrlich gesagt nicht mehr erinnern, ob die Gruppe drei oder viermal in zwei Jahren getagt hat und auch dies nur, weil ich in öffentlicher Stadtratssitzung daran erinnert habe, dass es diese Gruppe noch gibt. Und ganz sicher ging es bei den Gesprächen

nicht um die Abwasserreinigung. Wie gesagt: Papier ist geduldig und dass es dem Preisverleihungskomitee eher um PR-Maßnahmen, als um Fakten ging, mag man daran ablesen, welcher Unsinn in Sachen Haushaltskonsolidierungsgruppe hier ungeprüft wiedergegeben wurde.

Dabei gibt es selbstverständlich auch seriöse, politisch motivierte, öffentlich-rechtlich kontrollierte und demokratisch legitimierte Wettbewerbe oder Preisverleihungen. Meistens sind diese aber nicht bei der Wirtschaft, sondern bei Universitäten oder Ministerien angesiedelt. Am europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 wollte Pirmasens nicht teilnehmen. Ob die Absage daran lag, dass es sich um ein unbequemes Thema handelt oder weil die Teilnahme von der Linksfraktion beantragt wurde oder weil im zuständigen Bundesministerium die tatsächliche Ausgangslage der teilnehmenden Kommunen hätte überprüft werden können, kann sich jede und jeder beliebig raussuchen.

Zum Thema Image möchte ich abschließend festhalten: Mehr Schein als Sein wird letztlich immer als Trickserei und Beschönigung der Wirklichkeit entlarvt. In Pirmasens fällt dies der interessierten Öffentlichkeit nicht einmal schwer, was unser Image als Stadt dann eben nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert. Und auch in der Wählergunst halten Seifenblasen nicht ewig. In die Reihe blinder und obendrein teurer Aktionismus gehört die Standortinitiative Südwestpfalz. Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen. Die Kampagne selbst ist wenig innovativ und unterscheidet sich kaum von bisherigen, erfolglosen Marketingmaßnahmen. Mit dem teuren Beitritt der Stadt Pirmasens zur Standortinitiative wurde politische Landschaftspflege betrieben und eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis erkaufte. Herausgekommen ist bisher nichts und die beauftragte Werbeagentur hat außer ihrer Visitenkarte im Hauptausschuss keinen bleibenden Eindruck hinterlassen. Beteiligung der städtischen Gremien, der lokalen Wirtschaft oder gar Bürgerbeteiligung? Alles Fehlanzeige! Ein Kampagne, die erfolgreich sein will, bezieht die lokalen Akteure mit ein. Davon kann bei der Südwestpfalzinitiative allerdings keine Rede sein. Stattdessen ein Plakataktion mit Fotomodellen, die noch nie ein Mensch zuvor gesehen hat und die keinerlei Bezug zur Region haben sowie dröge Zeitungsanzeigen. Fazit zur Standortinitiative: Langweilig, erfolglos, teuer.

Die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages auf Pump und mit ungedeckten Schecks lehnen wir ab. Nichts anderes verbirgt sich hinter der vagen Hoffnung, Sponsoring Verträge und Standgelder würden die städtischen Kosten schon decken. Bis heute konnte der Oberbürgermeister keine einzige großzügige Spende oder lukrativen Sponsorenvertrag präsentieren, die auch nur annähernd die zur Zeit auf 750.000 Euro geschätzten Kosten decken könnten. Wie viel der RLP-Tag und das Stadtjubiläum am Ende tatsächlich kosten werden, bleibt abzuwarten. Der veranschlagte Eigenanteil der Stadt stieg innerhalb von 6 Monaten von 270.000 Euro auf 290.000 Euro. Gegen die Stimmen der Linksfraktion wurden einmal mehr die Stadtwerkekunden zur Finanzierung der Image-Festivitäten herangezogen. Die Strom- und Gaskunden, die trotz billigerer Angebote der Privaten ihrem öffentlich-rechtlichen Unternehmen die Treue halten, sind es, die gerne mal als „Goldesel“ in der Lokalpresse titulierte letztendlich diesen Rheinland-Pfalz-Tag finanzieren werden. Und solange Oberbürgermeister Matheis keine Sponsoren und Werbeverträge nennen kann, müssen wir davon ausgehen, dass dies so bleiben wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn eine Stadt aus dem Vollen schöpfen kann oder sich die Verschuldung wenigstens in Grenzen hält, würde niemand etwas gegen die Ausrichtung des Landesfestes einzuwenden haben. Im Angesicht des riesigen Schuldenberges der Stadt Pirmasens und angesichts der Tatsache, dass erneut das letzte noch gewinnbringende kommunale Unternehmen geschröpft wird, ist die Ausrichtung des RLP-Tages in Pirmasens als Hybris abzulehnen. Es gäbe wahrlich genug soziale Notstände zu beheben oder Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, die für die Stadtbevölkerung mehr Sinn und Nutzen brächten als ein Rheinland-Pfalz-Tag. Während die Strompreise steigen und sich die Energiearmut in Pirmasens verschlimmern wird, verweigern Stadtverwaltung und Stadtwerke konkrete Maßnahmen wie Sozialtarife oder ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell im marktradikalen Schulterschluss. Das Image der Stadt Pirmasens als Armenhaus lässt sich aber nicht durch ein Straßenfest oder durch Auftritte der Stadtprominenz im SWR-Fernsehen gerade rücken. Damit bedient man eher die kleine, wohlsituierte Mittelschicht, die ihr Gewissen mit einer Spende an den Pakt beruhigt.

Die Dreiteilung der Pirmasenser Stadtgesellschaft in wenige Reiche, eine immer kleiner werdende Mittelschicht, deren Kinder die Stadt verlassen, und wachsende Armut großer Bevölkerungsteile ist die erschreckende Bilanz dieser Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung tut nichts gegen die sich vertiefenden Gräben, sondern will sie mit Imagekampagnen unsichtbar machen. In diese Strategie gehört auch der Rheinland-Pfalz-Tag. Offenbar will niemand merken, was es bei armen Menschen anrichtet, wenn sie ihre soziale Wirklichkeit mit den Jubelmeldungen der Stadtverwaltung vergleichen und selbst bestenfalls die Statisten eines Rheinland-Pfalz-Tages sind. Denn eine Teilhabe werden sie sich kaum leisten können. Fragen Sie doch mal die Hartz-IV-Empfänger ganz konkret, mit welchem Geld sie an dem dreitägigen Fest teilnehmen könnten. Vielleicht erweitern die Antworten Ihren Blickwinkel für Realität in dieser Stadt.

Beschämend ist darüber hinaus, wie unsensibel die Stadtverwaltung mit dem Thema Gewaltverherrlichung in der Öffentlichkeit umgeht. Auf einem friedlichen, zivilen Landesfest hat Militär nichts zu suchen! Wer sich über den Staatsbürger in Uniform oder den grundgesetzlichen Auftrag der Bundeswehr informieren will, sollte dies kritisch und gewissenhaft tun. Die Zuschaustellung von „schwerem Gerät“ bedient aber nicht den Verstand, sondern martialische Gewaltphantasien und Sensationslust. Davon können sich nachdenkliche Menschen, denen der Zusammenhang zwischen öffentlicher Gewaltverherrlichung und Brutalisierung der Gesellschaft bewusst ist, nur distanzieren. Dass Sie es nicht tun, Herr Oberbürgermeister, und stattdessen den roten Teppich für die Bundeswehr und die US-Army ausrollen, spricht für sich selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt vor zunehmender Armut in Rheinland-Pfalz. Besonders erschreckend ist die Zunahme von Mini-Jobs und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die trotz Vollzeitbeschäftigung keine Existenzgrundlage bieten. Bundesweit belegen drei rheinlandpfälzische Landkreise Spitzenplätze bei der prekären Beschäftigung. Der DGB Landesvorsitzende Muscheid hat dies kürzlich öffentlich als „echtes Armutszeugnis“ bezeichnet. In Rheinland-Pfalz hat die Westpfalz mit 16,8 Prozent der Bevölkerung das höchste

Armutsrisiko. Innerhalb der Westpfalz bildet Pirmasens das Schlusslicht mit fast 30 Prozent Kinderarmut, einer Unterbeschäftigungsquote von mehr als 15 Prozent und rund einem Viertel der Stadtbevölkerung, das ganz oder teilweise von sozialen Transferleistungen lebt. Andererseits wird in Pirmasens neben den Lebenshaltungskosten und allgemein steigenden Energiepreisen im laufenden Jahr Strom, Wasser und der öffentliche Nahverkehr teurer und leistet sich die Stadt die teuerste Abfallbeseitigung mit den höchsten Müllgebühren in Rheinland-Pfalz. Das MHKW ist eines der umsatzstärksten Unternehmen vor Ort, bezahlt aber keinen Cent Gewerbesteuer in die Stadtkasse, sondern hat seinen Sitz in der Steueroase Pullach. Das Interesse dieser Unternehmung an Pirmasens erschöpft sich in den für Jahrzehnte garantierten Gewinnen, die der ZAS bei den Bürgerinnen und Bürgern eintreibt. Darüber hinaus liegt die pro Kopf Verschuldung und die Anzahl der Privatinsolvenzen bundesweit in der Spitzengruppe. Zusätzlich erwarten Verbraucherschützer deutlich steigende Mietpreise. Kurz gesagt: Alles, was zum täglichen Überleben unabdingbar benötigt wird, wird teurer. Darüber können auch sinkende Preise für Flachbildschirme nicht hinwegtäuschen, die die Inflationsrate künstlich gering halten. Dass sich auch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute an der Not der Menschen bereichern und einen Dispo-Wucher nie dagewesenen Ausmaßes betreiben, passt in diese Reihe der sozialen Explosivstoffe.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

machen Sie doch mal positive Schlagzeilen für Pirmasens, indem Sie die ortsansässigen kommunalen Kreditinstitute dazu bringen, ihre Dispozinsen wenigstens um einen Punkt zu senken. Damit kämen Sie bundesweit positiv in die Schlagzeilen und hätten etwas Nachhaltiges getan!

Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft in einem absoluten Crash enden muss. Dazu tragen die restriktiven Maßnahmen der Stadtwerke Pirmasens im Umgang mit sozial schwachen Kunden genauso bei wie die Steigerungsrate bei den Sanktionen des Jobcenters. 873 mal wurden zwischen August 2011 und Juli 2012 den „Kunden“ die Regelleistung gekürzt. Das sind 14 Prozent verfassungswidrige Kürzungen des gesetzlich garantierten Existenzminimums mehr als im Vorjahreszeitraum.

Herrn Ebel und der Stadtverwaltung ins Stammbuch: Wenn sie Arbeitslose unter Druck setzen und ihnen die Leistungen kürzen, entsteht dadurch kein einziger Arbeitsplatz mehr. Wer fördern will und dafür Forderungen aufstellt, muss erst einmal etwas sinnvolles anbieten können.! Hinter vorgehaltener Hand sprechen Jobcenter-Mitarbeiter auch Klartext. Sie wissen, dass 90 Prozent ihrer Qualifizierungsmaßnahmen nur für das wirtschaftliche Auskommen der Trägergesellschaft förderlich sind. Unterstrichen wird dies durch die Tatsache, dass drei Viertel der Arbeitslosen in Pirmasens länger als zwei Jahre arbeitslos sind und bleiben– trotz Qualifizierungsmaßnahmen. Die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt liegt seit Jahren unter 5 Prozent. Solange Sie Menschen sanktionieren, ohne entsprechende Arbeitsplätze anbieten zu können, ist dies reine Schikane! Sanktionen gegenüber Hartz-IV-Beziehern verletzen die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Sie sind verfassungswidrig, weil das Existenzminimum das physische Überleben sichern soll, was eine Grundvoraussetzung für die Wahrnehmung aller freiheitlichen und sozialen Rechte ist. Diese werden zur Farce, wenn das Existenzminimum durch Kürzungen der

Sozialleistung unterschritten wird. Die dahin gehende glasklare Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird aus politischen Gründen unter den Teppich gekehrt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2013 ist ein weiterer Kürzungs- und Schuldenhaushalt. Lobenswert ist alleine, dass sie Ihre Luftbuchungen bei den Investitionen etwas mehr den realen Verhältnissen angepasst und auch nominal verringert haben. Dies allerdings nur auf Drängen der ADD, die die erstaunlichen Diskrepanzen zwischen geplanten und tatsächlich ausgeführten Investitionen bemängelt hat.

Die kommunalen Gesellschaften pfeifen auf dem letzten Loch. Die Bauhilfe lebt seit Jahren von ihren Rücklagen, die notwendige Generalsanierung des Wohnungsbestands kann nicht oder nur als Tropfen auf den heißen Stein angegangen werden. Damit ist die Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Die sich ständig verschlechternde Qualität des Wohnungsbestands führt langfristig zu immer mehr statt weniger Leerstand. Das städtische Krankenhaus hat seine Kapazitäten und Einsparpotenziale nahezu ausgeschöpft. Weitere Einsparungen zu Lasten der Beschäftigten und damit auf Kosten der pflegerischen und medizinischen Qualität führen auch hier näher an den Abgrund, anstatt davon weg. Die Stadtwerke Pirmasens leben von ihren Gewinnen aus der Energiebranche und subventionieren im Querverbund damit den defizitären Nahverkehr und städtische Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Das ist gut so und muss auch so bleiben! Was aber nicht geht, ist, dabei die Sozialstruktur der Stadt außer Acht zu lassen und sich als marktradikaler Elefant im Porzellanladen zu benehmen! Ein kommunales Unternehmen hat zu allererst die Pflicht, sich für die Bürgerinnen und Bürger seiner Kommune einzusetzen. Sie sind nicht nur mehrheitlicher Anteilseigner und finanzieren die Gesellschaft, sondern sind über ihre demokratische Vertretung Stadtrat auch deren Dienstherr. Dies muss man manchen Zeitgenossen einmal wieder ins Gedächtnis zurück rufen. Die Subventionierung des „Plub“ ist in Ordnung. Die Subventionierung der Umlagebefreiung für die Großindustrie durch steigende Strompreise für unsere Bevölkerung ist nicht in Ordnung. Springen Sie endlich über Ihren neoliberalen Schatten und führen Sie in der ärmsten Stadt in Rheinland-Pfalz einen sozialen Ausgleich ein, der der drohenden Energiearmut entgegenwirkt. Durchgerechnete Vorschläge dazu hat die Linksfraktion gemacht und selbst ohne Taschenrechner kann ich Ihnen versichern, dass die Umstrukturierung der Stromtarife nicht einmal ein Drittel des von Herrn Kreibich flugs im Zuschauerraum berechneten Betrags ausmacht. Rechnen muss man dazu allerdings können. Nehmen wir großzügig an, alle 40.000 Pirmasenserinnen und Pirmasenser wären einzelveranlagte Stromkunden und würden nach unserem Sockeltarifmodell ein Freikontingent von 300 kWh pro Jahr erhalten. Macht 12 Millionen Kilowattstunden zu einem Preis von 25 Cent. Diese ergibt umzuverteilende Stromkosten von maximal 3 Millionen Euro, nicht von 7,3 Millionen Euro, wie uns Herr Kreibich vorgerechnet hat. Diese Summe verringert sich natürlich noch erheblich dadurch, dass es in Wirklichkeit nur 30.000 Stromkunden gibt, also 10.000 Bürgerinnen und Bürger nach unserem Modell als haushaltsangehörige Personen zu bewerten sind, die nur 200 kWh frei haben. Daraus ergibt sich rechnerisch eine Minderungssumme von 750.000 Euro, die von den 3 Millionen Umverteilungssumme abzuziehen sind. Verbleiben 2.250.000 Euro, die tatsächlich umverteilt werden müssten, wenn das sozial-ökologische Sockeltarifmodell kostenneutral für die Stadtwerke umgesetzt werden soll.

Ein beschämendes Kapitel der Stadtgeschichte sind die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften. Ausgebaut zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit echten, existenzsichernden Arbeitsplätzen wären sie der wichtigste Beitrag und entscheidende Motor zur Überwindung des seit Jahrzehnten bestehenden Grundproblems in Pirmasens, der Arbeitslosigkeit. Wenn die Umsetzung des Berliner Flughafens „fast grauenhaft“ war, ist der Dilettantismus der politisch Verantwortlichen bei der öffentlichen Beschäftigungsförderung in der Südwestpfalz grauenhaft. Pirmasens und die anderen beteiligten Kommunen haben innerhalb kürzester Zeit zwei kommunale Beschäftigungsgesellschaften an die Wand gefahren. Obendrein zweimal hintereinander nach dem gleichen Muster. Die Leidtragenden sind die 82 Beschäftigten der GBI, die nun auf der Straße stehen. Könnte man die Bestellung von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, die sich in der Praxis als inkompetent und untauglich erwiesen haben, noch als unvorhersehbar durchgehen lassen, kann man dies bei einem zweimaligen Versagen eines Aufsichtsrates nicht. Der Aufsichtsrat ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Tätigkeit der Geschäftsführung zu überwachen und eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn das Wohl der Gesellschaft gefährdet ist. Dieser Verpflichtung ist der Aufsichtsrat nur bedingt nachbekommen. Nach § 111 (4) des Aktiengesetzes kann der Aufsichtsrat durch Beschluss anordnen, dass bestimmte Rechtsgeschäfte nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen. Ein derartiger Zustimmungsvorhalt kann sogar ad hoc beschlossen werden und hätte im Fall der defizitären Entwicklung bei den Schulmittagessen statt finden müssen. Welche Beträge der GBI alleine aus Pirmasens entgangen sind, kann man beispielsweise im Haushalt der Grundschulen ablesen. Für 2013 sind dort für die Verpflegungskosten rund 60.000 Euro mehr als das vorläufige Ergebnis aus 2011 veranschlagt, als die Schulmittagessen noch von der GBI geliefert wurden. Dass die Stadt Pirmasens für die Schulmittagessen viel zu wenig an die kommunale Beschäftigungsgesellschaft bezahlt hat, war offensichtlich auch bekannt, führte aber nicht zu entsprechenden Konsequenzen. Peter Scheidel kann sich als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nicht damit herausreden, dass das Profitcenter Pirmasens bis 2011 Gewinne erwirtschaftet hat. Der Aufsichtsrat einer Gesellschaft ist immer für das gesamte Unternehmen verantwortlich und nicht nur für einzelne Teile. Insofern erstreckt sich die gesetzliche Überwachungspflicht auf alle beteiligten Profitcenter. Dass die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die festgestellten Fehlbuchungen über mehrere Jahre hinweg nicht bemerkt haben wollen, ist unrealistisch und schlicht unglauwbüdig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der als Rettung aus der Schuldenfalle angepriesene kommunale Entschuldungsfonds ist ein weiterer Bankenrettungsschirm und reiht sich damit nahtlos in die Reihe seiner Vorbilder ein. Der KEF rettet nicht die Kommunen vor dem Bankrott, sondern die Banken vor Kreditausfällen. Die jährlichen Zwangseinsparungen werden durch Personalabbau in der Verwaltung, Lehrstellenabbau, Kahlschlag des Bildungsstandorts, Einschränkungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und zusätzlichen Investitionsstau teuer erkauft. Bezahlen werden dafür kommende Generationen mit weiteren drastischen Einschnitten ihrer Lebensqualität und dem Verlust ihrer Lebensperspektiven. Der KEF verringert dabei die Schuldenlast der Stadt Pirmasens um keinen Cent, sondern die Verschuldung wird sich zum Ende der Laufzeit mindestens verdoppelt haben. Von „Entschuldung“ zu sprechen ist deshalb

eine Verhöhnung der Bürgerinnen und Bürger. Das Gebäudemanagement will wenig oder ungenutzte Gebäude mit hohem Sanierungsbedarf veräußern und damit maßgeblich zur Finanzierung des kommunalen Eigenanteils beitragen. Diese an sich löbliche Absicht hat nur einen klitzekleinen Haken: Niemand will der Stadt die alten Kästen abkaufen und die vermeintlichen Einsparungen werden schon in absehbarer Zeit zu erheblichen Finanzierungslücken beim kommunalen Entschuldungsfonds mutieren! Diese müssen dann durch andere Maßnahmen kompensiert werden, wie Oberbürgermeister Matheis schon mal vorsichtshalber verkündet hat. Wie diese Kompensationen aussehen werden, kann sicher jeder ein fünf Fingern abzählen. Es werden weitere Kürzungen und Personalabbau sein.

Alleine der zur Finanzierung des KEF inszenierte Schulwanderzirkus kostet die Stadt vorsichtig geschätzt rund 20 Millionen in den kommenden drei Jahren, größtenteils finanziert auf Schuldenbasis. Die Einsparungen für den kommunalen Eigenanteil des KEF betragen im gleichen Zeitraum insgesamt über alle Bereiche verteilt nur rund 10 Millionen. Wir geben 20 Millionen in nur einer von mehreren Baustellen des Entschuldungsvertrages aus, um 10 Millionen einzusparen? Die Absurdität dieser Logik sucht ihres gleichen.

Am Beispiel Erlenbrunn kann man dies deutlich machen. Die Aufgabe des Schulgebäudes Erlenbrunn soll bis zum Ende der KEF-Laufzeit 1.250.000 Euro Einsparungen erbringen. Dieser Betrag wird als kommunaler Eigenanteil und als politische Einsparleistung verbucht. Das alte Schulhaus in Erlenbrunn wird abgerissen und ein durchaus begrüßenswerter Neubau in Passivhausbauweise als Kindertagesstätte für 2,1 Millionen Euro zuzüglich Unterhaltskosten errichtet. Ungeachtet der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Neubaus ergibt sich daraus ein negativer Entschuldungssaldo von mindestens einer Million Euro. Um zu sparen, wird mehr ausgegeben, als eingespart wird. Deshalb können wir uns durchaus dem Appell von Christian Baldauf (CDU), Daniel Köbler (Grüne) und Manfred Petry (Freie Wähler) vom 21. September 2010 anschließen: Wenn sich Städte, Kreise und Kommunen für die Erbringung der kommunalen Eigenanteile und darüber hinaus neue Schulden aufladen müssen, ist das Ganze nichts wert.

Mit dem Beitritt zum Entschuldungsfonds spielen sie das zynische Spiel der Finanzmärkte mit, die noch den letzten verbliebenen Euro aus den Volkswirtschaften herausquetschen wollen. Für die Finanzmärkte spielt es keine Rolle, ob die städtische Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge aufrecht erhalten werden können. Sie müssen ihr Spielcasino am Laufen halten und dafür brauchen sie ständig frisches Geld. Die politisch Verantwortlichen aller Ebenen haben sich dieser Erpressung gebeugt und agieren als willfähriger Büttel, um die Gelder dafür einzutreiben. Und neue Folterinstrumente, falls ein Oberbürgermeister oder Regierungschef einmal gegen die Spardoktrin aufmucken würde, stehen schon bereit. Die Zinsschraube wird in den kommenden Jahren kräftig angezogen, um den Bürgerinnen und Bürger diese Ideologie solange einzubläuen, bis sie von selbst daran glauben. Als flankierende Maßnahme wird nach dem Beispiel von Moodys, Fitch und Consorten das kommunale Rating eingeführt. Ganz in der Tradition der spätrömischen Dekadenz entscheidet dann der Daumen des Analysten über die Zukunft unserer Städte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund spielt sich das eigentliche Drama der Stadt Pirmasens ab. Nach Angaben des statistischen Landesamtes ist die Bevölkerung in Pirmasens erneut geschrumpft und hat zum ersten Mal die 40.000er Marke unterschritten. Pirmasens hat den höchsten Bevölkerungsschwund aller rheinlandpfälzischen Städte. Im Jahr 2050 wird Pirmasens bei unveränderter Entwicklung nur noch 29.000 Einwohner haben. Dafür ist weniger die nur geringfügig höhere Sterberate gegenüber der Geburtenrate verantwortlich, als vielmehr eine Abwanderung von jungen Leuten in der Familienphase, die erschreckende Ausmaße angenommen hat. Damit verändert sich die Altersstruktur dramatisch. 1992 waren noch 19 Prozent über 65 Jahre als, 2009 waren es 25 Prozent und in 7 Jahren, 2020, werden bereits 35 Prozent der Pirmasenserinnen und Pirmasenser über 65 Jahre alt sein.

Pirmasens ist eine sterbende Stadt und wird früher oder später komplett von der Landkarte verschwinden, wenn nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen werden. Das Gesundbeten über Imagekampagnen können wir uns dabei schenken.

Das einzige adäquate Mittel, um die Abwanderung junger Menschen aus Pirmasens zu stoppen, ist das Eröffnen von Zukunftsperspektiven für die junge Generation und nichts anderes. Auf diesen einen Punkt müsste sich das gesamte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Streben ausrichten, wenn der Bevölkerungsschwund gestoppt werden soll. Was Pirmasens für diese Zukunftsperspektiven tut, bzw. nicht tut, kann man beispielsweise dem Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz entnehmen.

Beim verfügbaren Einkommen liegt Pirmasens deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Den letzten Platz belegt Pirmasens beim Elterngeld, das als Entgeltersatzleistung für Kindererziehungszeiten gewährt wird. Bei den ausgezahlten Beträgen liegt Pirmasens dabei 30 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Die höchsten Quoten in Rheinland-Pfalz weist Pirmasens bei der Arbeitslosigkeit und bei der Jugendarbeitslosigkeit auf. In Pirmasens sind 50 Prozent mehr Erwerbsfähige unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet als im Landesdurchschnitt. Diese Tendenz setzt sich bei den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unter 25 Jahren fort. Auch in dieser Kategorie belegt Pirmasens den letzten Platz genauso wie bei der Kinderarmut, die doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist. Während im Landkreis Bitburg-Prüm nur jedes 20. Kind von Armut betroffen ist, trifft dies in Pirmasens auf jedes 3. Kind unter 15 Jahren zu.

In Pirmasens Kind oder Jugendlicher zu sein bedeutet, Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit haben zu müssen. Wer will es ihnen unter diesen Voraussetzungen verdenken, dass junge Erwachsene ihre Koffer packen und Pirmasens verlassen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich will mich nicht mit Ihnen streiten, ob das Glas halb leer oder halb voll ist. Sie sagen, der Pakt für Pirmasens erhöht die Bildungschancen und eröffnet Perspektiven, ich sage, der Pakt für Pirmasens hat bisher nichts an der dramatisch schlechten Situation von Kindern und Jugendlichen verändert. Beides ist richtig, hilft aber keinen Schritt weiter.

Pirmasens braucht deshalb einen politischen Strategiewechsel. Dazu gehört als erster Schritt die Auseinandersetzung mit der Realität und nicht mit Wunschvorstellungen. Was die Stadtverwaltung zusammen mit der Bürgerinitiative an falschen Hoffnungen im Zusammenhang mit dem B 10 Ausbau weckt, ist nur noch abenteuerlich zu nennen. Sie reduzieren das Wohl und Wehe einer ganzen Region auf die Breite einer Fahrbahn und versprechen den Leuten das Blaue vom Himmel, wenn die B 10 vierspurig ist. Neue Straßen bringen aber kein wirtschaftliches Wachstum, sondern vor allem eines: Mehr Verkehr! Selbst wenn sich die B 10 Befürworter mit ihren Vorstellungen durchsetzen, wird dieser Ausbau noch Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Wenn Sie den Bevölkerungsschwund stoppen oder den Trend gar umkehren wollen, müssen heute Arbeitsplätze geschaffen, heute Bildungschancen verbessert, heute Armut bekämpft und heute der sozial-ökologische Umbau der gesamten Stadtgesellschaft bewerkstelligt werden! Jedes Jahr, das mit sinnlosen Marketingaktionen, Imagepflege und Wunschträumen vergeht, ist ein verlorenes Jahr im Kampf gegen die Abwanderung junger Menschen!

Die Linksfraktion hat dazu in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge gemacht, von denen ich nur einige beispielgebend aufführen will:

Integrierte Gesamtschule: Investieren Sie doch mal in Köpfe, statt in Beton! Während Rheinland-Pfalz nahezu flächendeckend auf integrierte Schulformen umstellt, gibt es unter den kreisfreien Städten nur noch in Pirmasens und Zweibrücken keine IGS. Der Schulstandort Pirmasens wird durch diese Lücke immer unattraktiver und verliert ständig an Zuspruch. In Pirmasens werden pädagogische Konzepte unter Klassenzimmervorbehalt gestellt. Es gibt zwar keinen aktuellen Schulentwicklungsplan, dafür umso mehr Pläne, wer wohin ziehen soll.

Chancengleichheit in der Bildung: Eine kommunale Schulbeihilfe für bedürftige Kinder könnte Notsituationen lindern und zur Chancengleichheit beitragen. Gerade in Pirmasens ist Bildung für Kinder eine Frage des Geldbeutels der Eltern. Und schöpfen Sie doch wenigstens die dürftigen Angebote der schwarz-gelben Bundesregierung aus! Die Umsetzung des Teilhabe- und Bildungspakets in Pirmasens ist mangelhaft. Offenbar geben Sie die dafür zur Verfügung gestellten Gelder lieber zurück oder nehmen Kürzungen des Budgets in Kauf, bevor Sie die Leistungsberechtigten endlich einmal umfassend über Ihre Rechte informieren.

Gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten: Pirmasens ist die einzige kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz, die keinerlei Sozialtarife oder Nachlässe für sozial Schwache im ÖPNV, bei der Energieversorgung oder im Kulturbereich anbietet, die über Standardermäßigungen für Schüler und Studenten hinausgehen. Die gesellschaftliche Teilhabe ist ein bedeutender Standortfaktor gerade für Pirmasens mit seinen Armutsrisiken. Auch ein anderer Umgang mit dem Problem Armut kann den Bevölkerungsschwund eindämmen. Nachdem der Reiz des Neuen verflogen ist, gerät Ihre Leuchtturm Dynamikum ins Wanken und die Besucherzahlen sind rückläufig. Deshalb müssen die Eintrittspreise insbesondere für Kinder und Jugendliche gesenkt und den sozialen Verhältnissen angepasst werden.

Sozial-ökologischer Umbau: Pirmasens ist Mitglied bei internationalen und lokalen Klimaschutzbündnissen, daraus folgen jedoch viel zu wenige praktische Konsequenzen. Egal, ob es sich um vermeintliche Kleinigkeiten wie eine kommunale

Baumschutzsatzung oder einen großen Wurf mit einem integrierten Förderprogramm für erneuerbare Energien und Arbeitsplätze handelt: In Pirmasens werden die Zeichen der Zeit und erfolgreiche Entwicklungen in anderen Kommunen weitgehend ignoriert und man setzt auf die Konzepte der Vergangenheit. Wenn es einen Wachstumsmarkt gibt, sind es Klimaschutz, erneuerbare Energien und Umwelttechnik. Dort entstehen die qualifizierten Arbeitsplätze, die junge Familien nach Pirmasens ziehen und den Bevölkerungstrend umkehren können.

Bürgerbeteiligung ausbauen: Nicht zuletzt kann der Bevölkerungsschwund dadurch verringert werden, dass direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung zu einem positiven Standortfaktor werden. Zukunftswerkstätten unter Beteiligung von bürgerschaftlicher Kompetenz dürfen keine Episode bleiben, sondern müssen zur ständigen Einrichtung werden. Wenn Sie es schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Lebensumfeld Stadt tatsächlich prägend mitgestalten können, haben Sie mehr erreicht als mit jeder Marketingaktion.

Ich will nicht verschweigen, dass es auch positive Entwicklungen gegeben hat. Das Straßenausbauprogramm der Stadt und das dazugehörige Finanzierungsmodell der wiederkehrenden Beiträge haben sich in der Tat als praxistauglich erwiesen. Wenn Sie es nun auch noch schaffen, den Straßenverkehr in ein kommunales Klimaschutzkonzept einzubeziehen und der Maxime „Freie Fahrt für freie Bürger“ abschwören, könnte man von einer zukunftsweisen kommunalen Verkehrspolitik sprechen.

Auch die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer auf das landesübliche Niveau findet unsere Zustimmung, denn immerhin signalisiert diese Stärkung der Einnahmeseite, dass das Problem Verschuldung auch im Zusammenhang mit sinkenden Einnahmen gesehen und entgegengesteuert wird.

Auf Druck der Linksfraktion gibt es zaghafte Versuche eines Leerstandsmanagements für verwaiste Ladenlokale, soll ein kommunaler Bürgerhaushalt eingeführt werden und haben Sie Ihre anfängliche Blockadehaltung gegenüber der zukunftsweisen LED-Technologie gelockert und wenigstens einige Straßenzüge umgerüstet.

Das alles ist noch viel zu wenig, geht aber immerhin in die richtige Richtung.

Auf die Umsetzung des Ratsbürgerentscheids in Sachen Stadtgalerie sind wir gespannt. Sollte es zu einer echten demokratischen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger über das Projekt Stadtgalerie kommen, wäre dies ein epochaler Erfolg für die direkte Demokratie und die Stadt Pirmasens, mit dem Sie dann mit ruhigem Gewissen Werbung machen und sich an Nachhaltigkeitspreisen beteiligen können.

Die Linksfraktion Pirmasens lehnt den Haushalt 2013 ab.

Frank Eschrich, Vorsitzender Ratsfraktion DIE LINKE